

# Was Tun ?

## Zusammenfassung/ Einleitung

Nun haben wir auf 111 Seiten die Umweltsituation in Hamburg beschrieben. Viele Probleme wurden - wenn auch viel zu kurz - dargestellt, das Verhalten von Behörden und Firmen deutlich gemacht. Doch der Umwelt ist damit noch lange nicht geholfen. Jede/r kann, soll, muß etwas tun. Doch was? Vorstellungen und Ansätze dazu gibt es viele. Um die Vielzahl der Ideen aufzuzeigen, haben wir im folgenden eine Reihe von Beiträgen der AutorInnen dieser Broschüre nebeneinander gestellt. Damit erheben wir weder Anspruch auf Vollständigkeit, noch glauben wir, daß es ein einfacher Weg ist. Aber anfangen müssen wir.

Bessere Umweltbedingungen vor Ort fordern. Egal ob es um Grünflächen, Bäche oder Industriebetriebe geht. Interessierte AnwohnerInnen arbeiten in einer Gruppe zusammen. Die Mißstände werden aufgelistet, vielleicht eigene Messungen durchgeführt und Forderungen aufgestellt - an Industriebetriebe, an Behörden und an die Parteien. Alleine oder zusammen mit anderen Initiativen wird die Öffentlichkeit informiert. Gespräche, Demonstrationen, Klagen - es gibt ein breites Spektrum an Möglichkeiten, um Umweltverschmutzer und ihre Helfeshelfer unter Druck zu setzen. Gegenvorstellungen zur herrschenden Umweltpolitik entwickeln. Sich anders verhalten. Müllvermeidung beispielsweise durch bewußtes Einkaufen und Selbstkompostieren von Garten- und Küchenabfällen. Erarbeitung von Alternativkonzepten. Beispielsweise sinnvolle Strecken für eine Wiedereinführung der Straßenbahn in Hamburg abstecken.

Mehr Mitbestimmungs- und Einspruchsrechte fordern. Die Offenlegung aller Schadstoffausstöße verlangen, damit alle wissen können, was sie und die Umwelt vergiftet. Die Möglichkeiten zur Stellungnahme, zur Mitentscheidung und zum Einspruch erweitern, z. B. durch Klagen.

Es fängt im ganz persönlichen Bereich an: Nicht Auto, sondern Bahn oder Fahrrad fahren, Mehrweg- statt Einwegverpackungen kaufen, keine Schadstoffe ins Klo kippen, organische Abfälle kompostieren, schadstoffarme Reinigungsmittel und Lak-



*Das ehemalige Meßschiff "ELISE" unserer Umweltschutzgruppe*

ke kaufen, kein PVC kaufen, die Produkte bestimmter Firmen boykottieren, ... . Oder sich ganz persönlich in dem Bereich, in dem man betroffen ist, wehren: Behörden nerven durch ständige Proteste oder Einwendungen bei Anhörungsverfahren, Presse und Rundfunk über Umweltsauereien informieren, am Arbeitsplatz die Arbeit mit gefährlichen oder umweltschädigenden Stoffen verweigern.

Oder in Organisationen aktiv werden und für konsequente Anwendung der alten Gesetze/Verwaltungsvorschriften und für härtere neue kämpfen - etwa Verbot bestimmter Produkte oder Produktionsverfahren (z. B. Einwegverpackungen, Ausstieg aus der Chlorchemie). Sicher kann man dabei nie völlig konsequent sein, aber besser inkonsequent als gar nicht.

# Was Tun ?

Wenn die Frage auftaucht, was eine/r tun soll, um die Umwelt zu schützen, so gibt es viele Antworten. Meist bekommen wir eine ganze Liste von Empfehlungen, Tips, Ratschlägen und Verhaltensmaßregeln, so daß der Eindruck entsteht, demnächst sei ein Studium notwendig, um sich heutzutage umweltgerecht verhalten zu können. Die Befolgung der Aufforderung nach aktivem Engagement in einer Umweltschutzorganisation ist nicht jedermanns oder jederfräus Sache, und Geldspenden haben leicht den Anschein, Spenderin oder Spender wollten sich ein ruhiges Gewissen erkaufen.

Wichtig ist hier die Erkenntnis, daß Umweltschutz nicht das einzige ist, worum sich heute bewußte und engagierte Menschen zu kümmern haben. Es gibt vielfältige Aufgaben: Die Erhaltung des Friedens, die Abschaffung der Ausbeutung der "Dritten Welt", auf deren Kosten wir leben, den Schutz und Beistand für Verfolgte, Mißachtete und durchs Netz gefallene, die Entwicklung sozial und ökologisch überlebensfähiger Gesellschaftsformen, aber auch einfach "nur" den Kampf gegen die unwiederbringliche Ausrottung von Pflanzen- und Tierarten. Es kommt darauf an, überhaupt etwas beizutragen, und dafür reicht weder der Gang zur Wahlurne noch die Geldspende zur Weihnachtszeit.

Nun könnte man meinen, für die Umwelt würde ja schon vieles getan. Keine Firma, kein Laden, keine Zeitung und kein Senator, die nicht vollmundig schwafeln. Aber:

Es ist nicht nur für die Hamburger Situation bezeichnend, daß ein so großer Apparat wie z.B. die Hamburger Umweltbehörde mit ihren Tausenden Fachleuten, Millionenetat, Labors und und und ... nichts anderes fertigbringt, als die Hamburger Umwelt mehr schlecht als recht zu verwalten.

Von Umweltschutz, geschweige denn von einer durchgreifenden Verbesserung kann gar nicht die Rede sein. Darüber können auch keine Entgrüdigungen von Flußläufen, Sammelbusse für Chemieabfälle, Ökoforen oder die Förderung des Solarautos - Lieblingsspielzeug des jetzigen Umweltsenators - hinwegtäuschen.

wußtsein und dem Widerstand von Anwohnern, Natur- und Umweltschützern und anderen Menschen, die gemerkt haben, was da gespielt wird.

Die von Politik und Verwaltung erzielten "Fortschritte" in der Umweltpolitik kommen viel zu langsam und sind oft völlig ineffektiv, gehen



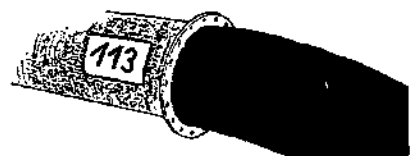
*Manchmal regelt die Natur .....*

Denn immer noch steigt die Rate der Krebserkrankungen, fast jedes Kind hat Allergien, das Artensterben geht rasant weiter, jährlich werden riesige Flächen zubetoniert, Unmassen von Wohlstandsmüll landen auf Müllkippen oder werden unter Freisetzung giftiger Abgase verbrannt, der Autoverkehr erstickt unsere Städte, und die Trinkwassergewinnung aus dem Grundwasser ist langfristig gefährdet. Diese Reihe ließe sich fortführen.

Bei all dem besteht die Aufgabe der Hamburger Umweltverwaltung im Vermitteln zwischen den Interessen der Industrie und anderen, die ein Interesse am Verbrauch der Umwelt als kostenlosen "Rohstoff" haben, und dem zunehmenden Probleme-

am eigentlichen Problem vorbei und dienen dazu, die Aufmerksamkeit auf Nebenaspekte zu lenken.

Ein Beispiel hierfür ist der Aufwand, mit dem für Katalysatorautos geworben wird. Mit einem Katalysatorauto zu fahren, ist danach praktizierter Umweltschutz und diejenigen, welche das Auto als privates Verkehrsmittel grundsätzlich in Frage stellen, werden in die Ecke der Ökospinner verbannt. So kommen alle zu ihrem Recht: Autofahrer/innen mit schlechtem Gewissen, weil sie ja ein "umweltfreundliches" Auto fahren und das Umsteigen auf Fuß, Fahrrad oder Bahn nun nicht mehr dringlich ist, Verkehrs- und Umweltpolitiker, weil sie ja etwas für die Umwelt erreicht haben, ohne jemandem weh zu tun -



das läßt sich gut im Wahlkampf verwenden - und schließlich die Autoindustrie, die mit Katalysatorautos keine umweltvergiftenden Blechkisten, sondern "umweltschonende" PKW verkauft - das schlägt sich in den Umsatzzahlen positiv nieder. Der Umwelt ist damit allerdings nicht geholfen, denn das "umweltfreundliche" Auto ist ein Widerspruch in sich: Zubetonierter Boden, gefällte oder durch Abgase getötete Bäume, zerschnittene Siedlungen, zu Tode oder zu Krüppeln gefahrene Kinder sind weder als Wirtschaftsfaktor bzw. Wahlvolk noch als Autokonsumenten interessant. Und die vielen zig Tausend Menschen, die täglich dem Lärm und Giftgas des Autoterrors ausgesetzt sind, sind oftmals nicht nur Opfer sondern gleichzeitig Täter und halten deswegen still. Am Wochenende kann man ja mit dem Auto ins Grüne fahren. So ist das Auto einer der wichtigsten Umweltfeinde, ob mit oder ohne Katalysator!

die nächsten Straßenkilometer geplant und die nächste Tarifierhöhung beim HVV vorbereitet.

Dies alles ist natürlich kein Zufall, sondern bewußt in der Gliederung und den hierarchischen Strukturen zwischen Senat und Behörden, zwischen den Behörden untereinander und innerhalb der einzelnen Behörden so angelegt. Jedes Amt spielt da brav seine Rolle, motzt mal auf, dämpft ein anderes Mal die Aktivität der anderen. Wer aus der Reihe tanzt wird zur Not "nach oben gelobt". Wir haben jedenfalls noch nie gehört, daß Mitarbeiter der Umwelt- oder anderer Hamburger Behörden wegen Inkompetenz, umweltgefährdender Nachlässigkeit, Gesundheitserei oder mangelnden Einsatzes gefeuert worden wären. Nur so ist es zu erklären, daß dieser Verwaltungs- und Regierungsapparat letztendlich so wenig bewegt und so mancher positive Ansatz schon im Keim wieder erstickt wird.

krieg demonstrieren, Menschen, die sich gegen die Abschiebung von schutzsuchenden Flüchtlingen einsetzen, andere, die Atomtransporte blockieren oder am Rande des Existenzminimums versuchen, umweltfreundlich zu wirtschaften oder einfach solche, die sich "bloß" dafür einsetzen, daß es Kranken, Alten, Junkies, Berbern und anderen in dieser überreichen Stadt etwas besser geht - sie alle tun letztendlich mehr für den Schutz der Umwelt und somit für die Menschen als ein Senat, der sich in Leistungsbilanzen selbst beweihräuchert, für die Umwelt nur so hohle Sprüche übrig hat wie "Im Schutz unserer Umwelt und in der Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen liegen die dramatischsten Herausforderungen für politisches und wirtschaftliches Handeln in unserer Zeit.\*" und sich im Grunde seines Herzens dem Größenwahn einer riesigen, glitzernden, von Luxus, Eleganz und Reichtum nur so überquellenden Metropole an der Elbe hingibt.



..... Dinge auch selber. Wenn manchmal auch ungewollt.

Dieser Widerspruch setzt sich in der Politik fort:

Während die Hamburger Umweltbehörde in diesem Jahr zusammen mit Krankenkassen und Initiativen einen Sonntag lang die Hohlluftchaussee sperren will, werden gleichzeitig von der Wirtschafts- und Verkehrsbehörde in Kumpanei mit der Baubehörde

Was also tun? Es gibt kein Patentrezept. Jede und jeder müssen für sich herausfinden, was für sie oder ihn geeignet ist, und ob es wichtiger ist, zu Hause, in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Freizeit oder sonstwo anzufangen.

Auf den Punkt gebracht heißt das: Schüler, die aktiv gegen den Golf-

Es kommt nicht darauf an, das "Richtige" zu tun, z.B. "richtig" zu konsumieren, sondern darauf, sich da einzusetzen, wo andere Menschen, wo Tiere oder Pflanzen oder Dinge, die andere Menschen geschaffen haben, von denen bedroht sind, die so weitermachen wollen, wie bisher. Wer einmal ausprobiert hat, welchen Spaß es machen kann und welche Kraft es beschert, sich gemeinsam mit Gleichgesinnten für die Umwelt oder für Anderes zu engagieren, wird weitermachen, eigene Wege finden und sich durch das immer wieder aufkommende Gefühl, einen aussichtslosen Kampf zu kämpfen, nicht mehr so leicht entmutigen lassen.

\*So Bürgermeister Dr. H. Voscherau in seiner Regierungserklärung vom 7. September 1988. Dieser und anderer Wortmüll sind nachzulesen in

Staatliche Pressestelle. Hrg.: Leistungsbilanz des sozialliberalen Senats in Hamburg 1987 - 1991, Hamburg

# Was Tun ?

Denken: Was kann ich schon machen?

- ist zu wenig !

Toiletenspülung mit Spartaste kaufen und sagen : Das war's ?

- ist zu wenig !

ordentlich Müsli essen, aufs Land ziehen und richtig alternativ werden ?

- ist zu wenig !

Greenpeace jährlich 'ne Mark schicken und sich dafür den Ich-Aktivist-Aufkleber ins Autofenster backsen ?

- ist zu wenig !

Umweltschutzgruppe Physik/Geowissenschaften jährlich 100 DM überweisen ?\*

- ist im Prinzip OK !

Ganz schrecklich übel werden, wenn die Umweltbehörde wieder einmal allzu industriefreundlich über die Umwelt herfällt ? Stille weglegen, kurz schimpfen und lieber an was anderes denken ?

- ist zu wenig !

Flugblätter der "Ökospinner" von der Bürgerinitiative nebenan nicht gleich zerknüllen, sondern vorsichtig einen Blick riskieren ?

- ist zu wenig - aber schon besser!

Schon mal eine alternative Hafenumrundfahrt machen ?

- ist schon besser - aber auch zu wenig!

Ja zum Teufel - was dann ?

- in Bürgerinitiativen mitarbeiten (ehrlich? Bei den Ökospinnern?) ?

- Auf Demos gegen Müllverbrennungsanlagen und sonstige Dreckschleudern mitlaufen ?

- Mal das Maul etwas lauter aufmachen, wenn es wieder einmal zu übel stinkt?

- den Behördenfredis direkt mitteilen, was von deren Umweltblockade zu halten ist ?

- den industriellen Umweltkriminellen vollfett auf die Finger klopfen ?

- den täglichen Umweltwahnsinn (Plastikfraß, Giftschwaden in der Luft, vergiftete Böden, Wasser, Lebensmittel) nicht einfach schlucken, sondern sich bewußt werden, welche

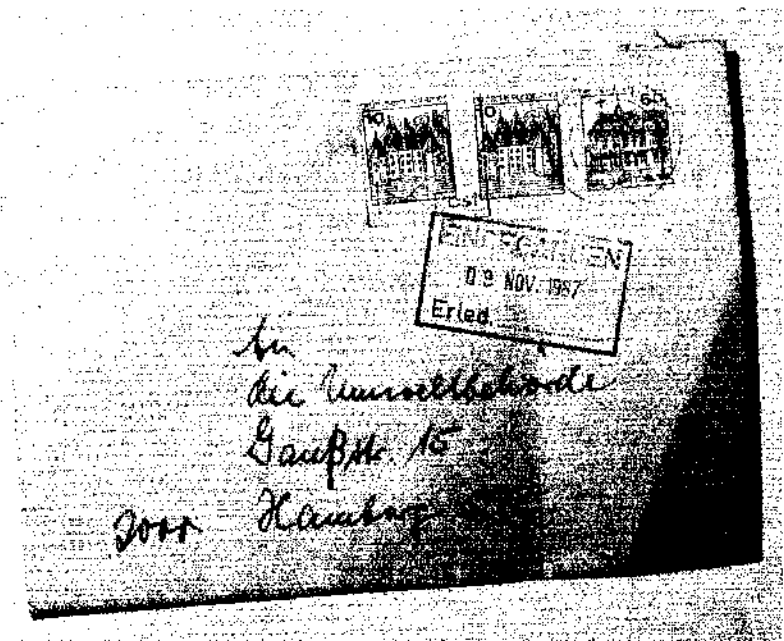
Ursachen zu dieser Entwicklung geführt haben, um dadurch Maßnahmen für die persönliche Gegenwehr zu entwickeln ?

Reicht das denn nun endlich ?

Natürlich nicht - Reicht noch lange nicht !

Wollt ihr mich verscheißern ? Also jetzt: WAS TUN ???

Keine Ahnung - Patentrezepte gibt es nicht !



*Unsere Anschrift wird oft verwechselt mit der Anschrift der Umweltbehörde. Unsere Umweltpolitik ist aber unverwechselbar. Irrläufer senden wir selbstverständlich an die Umweltbehörde weiter.*

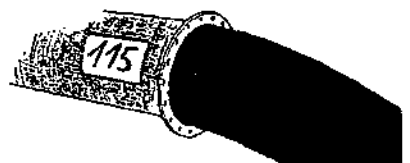
**\*Umweltschutzgruppe Physik/Geowissenschaften e.V.**

**Spendenkonto:**

**Postscheckamt Hamburg**

**Kto.Nr.: 4212 30-206**

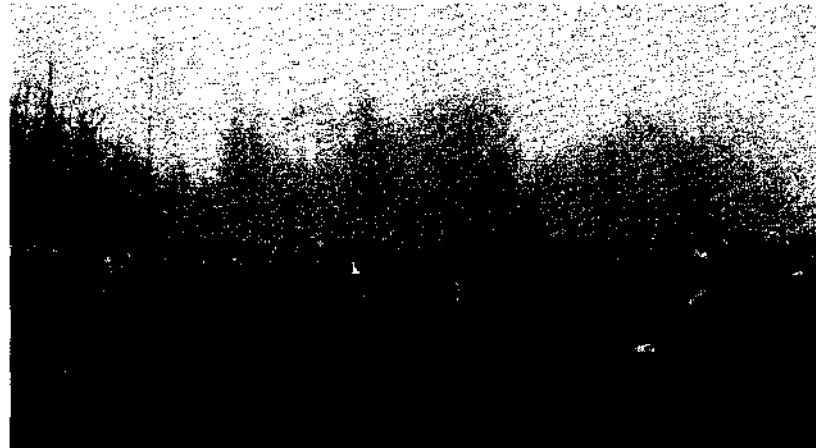
**BLZ 200 100 20**



# Was Tun ?

Die ökologisch verträglichste Form des Daseins ist das Nichtstun. Alle Aktivitäten verbrauchen Energie und Rohstoffe und erzeugen Müll: die Spazierfahrt im Auto, das Basteln am Haus, das Putzen, der Kauf einer neuen Hose.

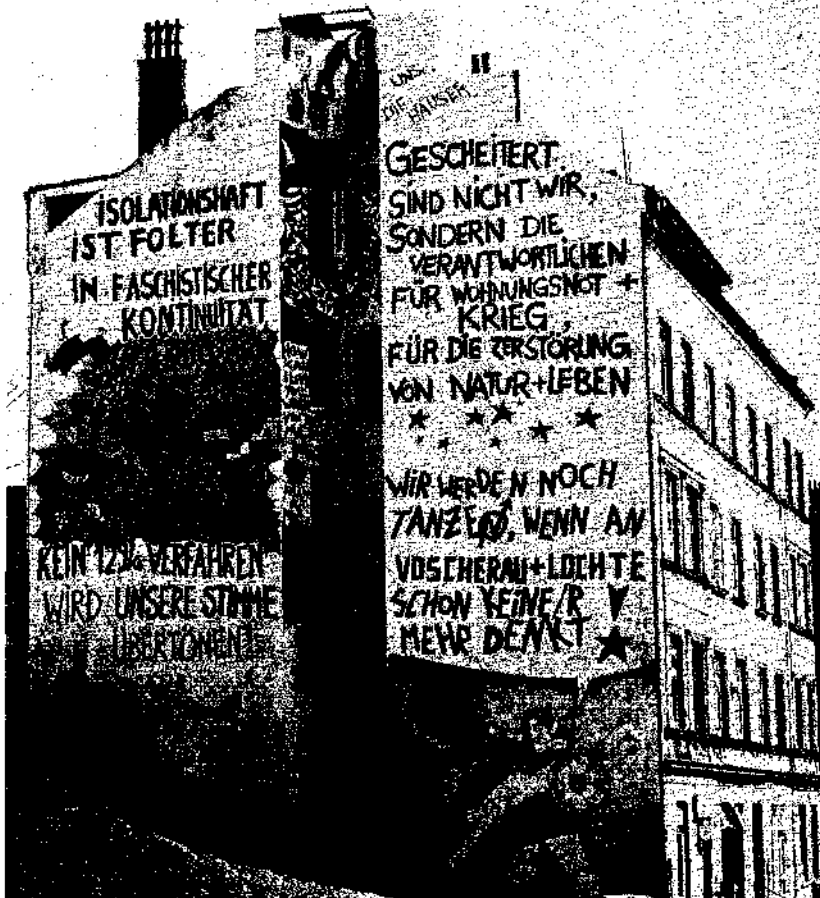
Schon bei der Herstellung des Autos, der Farben und Lacke, der Haushaltsreiniger, des Stoffes für die Hose fängt es an. Beim Benutzen geht es weiter; Autoabgase, Ausdünstungen von Farben, Lacken und Haushaltsreinigern belasten unsere Atemluft. Und schließlich der Müll, der deponiert, verklappt oder verbrannt wird. Und statt dessen? Nichtstun, nachdenken, sich Zeit lassen, sich mal



Ob Widerstand vor Ort .....

ohne Auto und Flugzeug bewegen, sich informieren und fragen:

- \* Brauche ich das Produkt wirklich?
- \* Ist die Verpackung notwendig?
- \* Woher kommen die Rohstoffe?
- \* Wer hat sie bearbeitet und wie?
- \* Wen unterstütze ich beim Kauf?
- \* Will ich das?



..... oder Ort des Widerstands ? ..... Einmischen ist angesagt!  
..... Oder sowas oder was Besseres ...?!

Die Umwelt steht im Spannungsfeld von Profitinteresse der Konzerne und dem kläglichen Versuch der sie kontrollierenden Behörden, die Belastung auf ein (für die Dividende) gerade noch erträgliches Maß zu reduzieren. Hier liegt auch der Ansatz, der alltäglichen Vergiftung den Hahn (oder Schornstein) zuzudrehen.

Nichts stört die Interessen von Politik und Wirtschaft mehr, als Unruhe in der Bevölkerung. Unruhe, die in eine Auseinandersetzung mit der Verflechtung von Senat und Betrieben mündet. Wer keine Geschäfte mehr mit umweltzerstörender Produktion machen kann, wird diese auch einstellen.

Ob mensch sich beim Einkauf Gedanken macht, in Umweltgruppen mitarbeitet, vor Ort gegen Umweltsauerein Widerstand leistet oder sich diesem System ganz entzieht, der Möglichkeiten gibt es viele. Doch für alle Ansätze gilt:

“Du kannst nicht gewinnen, solange du allein bist!”

# Was Tun ?

## Über Politiker ..... oder Warum die kleinen Leute immer die Dummen sind

Stellen Sie sich vor, Sie gehen auf eine Wahlkampfveranstaltung einer der "seriösen" politischen Parteien. Im überfüllten Veranstaltungssaal herrscht aufgeregte Stimmung, die in anhaltenden Applaus übergeht wenn die Gallionsfigur der Partei von Bodyguards und Presse umringt den Saal betritt. Wenn die anhaltenden Ovationen der Parteifreunde endlich abklingen, holt der Politiker tief Luft und beginnt die Wahlkampfrede mit Diffamierungen, Beleidigungen und Beschimpfung Andersdenkender. Die Parteifreunde toben vor Begeisterung. Eine typische Handbewegung des Politikers bringt schnell Ruhe. Die Rede kann mit neuen Modethemen wie Umweltschutz, Gleichberechtigung und lügnerischen Versprechungen für das Volk fortgesetzt werden. Endlich, tosender Beifall und mit einem rührenden Schauspiel endet der Aufmarsch. Ein kleines Kind mit Blumenstrauß wird hoch auf den Arm genommen, die den Tränen nahe und

im Rollstuhl sitzende Oma wird abgeküßt und als krönender Abschluß marschiert die Heimat-Trachtenkapelle mit Schingdarassa auf.

Der Spitzenpolitiker verläßt wieder dicht umringt von Bodyguards, Presse und Speichelleckern im Gedränge den Saal. Draußen vor der Tür steht die gepanzerte vierhundertfünfzigtausend Mark teure Limousine bereit, den Politiker, gefolgt von zwei bundeseigenen Begleitfahrzeugen, zum nächsten Aufmarsch zu begleiten.

Zurück zu Ihnen. Wenn auch Sie den Saal verlassen, sehen Sie gerade noch die Rücklichter und das Blaulichtgewirr des bundeseigenen Konvois, eines namhaften deutschen Automobilherstellers mit Vollgas entschwinden.

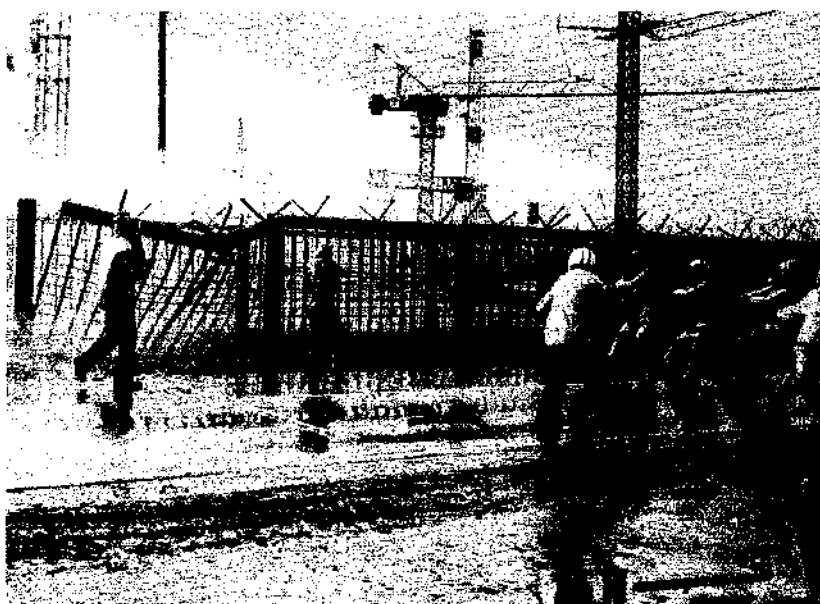
Aber die Geräuschkulisse, die Sie jetzt wahrnehmen ist unähnlich die der im Saal. Sie sehen Absperrgitter, uniformierte Staatshüter. Hinter den Absperrgittern viele Menschen mit Transparenten, die jetzt hier draußen für die Geräuschkulisse sorgen. Sie gehen durch ein Spalier behelmter Ordnungshüter auf die Gitter zu, eins

wird freundlicherweise für Sie geöffnet, ein Behelmtter sagt noch etwas zu Ihnen doch es klingt wie aus einer leeren Konservendose durch den Helm und schon stehen Sie auf der anderen Seite.

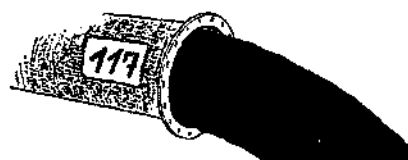
Sie befinden sich plötzlich, gezwungenermaßen auf der anderen Seite, unter demonstrierenden Umweltschützern, die die Umweltpolitik des Spitzenpolitikers anprangern. Sie kommen ins Gespräch mit ihnen, erfahren Widersprüche über Umweltpolitik und Umweltschutz, bemerken verschiedene Meinungen, nehmen Flugblätter. Sie bilden sich selbst eine Meinung und beziehen einen Standpunkt.

Das ist eigentlich das, was Politiker am meisten fürchten, eine eigene Meinung und Standpunkte der Bürger, des Volkes. Auf Wahlveranstaltungen wird Meinung gemacht und für diese Meinung von Politikern um Ihre begehrte Stimme geworben. Nach den Wahlen wird nach der Meinung der Bürger nicht mehr gefragt. Nach Lösungen wird kaum noch gesucht. Die Politikermeinung wird knallhart über die Köpfe der Menschen hinweg, die sie vertreten sollen, umgesetzt. Der Weg der parlamentarischen, demokratischen Politik zeigt sich besonders im Umweltschutz als modifizierungsbedürftig. Im demokratischen Parlament werden durch Politiker Umweltgesetze erlassen, um die Grenzwerte, Verbote, Gebote usw. zu regeln. Das Interesse eines Politikers ist dabei oft die Vertretung einer Lobby, das Gewinnen von Wählerstimmen und nicht zuletzt: Die Macht.

Wahlversprechen und das was davon hinterher eingehalten wird hat die letzte Bundestagswahl ohne Beispiel deutlich gezeigt. Was in der Umwelt praktiziert wird, ist ähnlich wie in der Gesundheitspolitik, der Verkehrspolitik usw. Jedes Jahr wird mehr und mehr für die Krebsforschung ausgegeben, aber die Erkrankungen neh-



Zäune, an denen häufig gezogen wird .....





..... müssen irgendwann fallen.

men zu, weil immer neue Schadstoffe produziert werden. Um den drohenden Verkehrskollaps zu vermeiden, werden immer neue Pisten gebaut. Es ist unseren Politikern zu verdanken, daß heute in einer Stadt eher ein Parkplatz in einem Parkhaus zu finden ist, als eine Wohnung in einem Wohngebiet.

Wenn uns das gefällt, tun wir nichts.

Wenn uns das nicht gefällt müssen wir etwas dagegen tun.

Und was sollen wir dagegen tun ? - Informieren und Standpunkte beziehen bitteschön. Nicht umsonst werden bei Planungen größerer Objekte, die Einwände und Proteste von Bürgerinitiativen und Einwendern als "nicht kalkulierbares Risiko" eingestuft.

Die Meinung des Volkes muß zum Risiko eines Politikers werden - und niemals anders herum.



Die Macht der Kirche reicht oft über Stacheldraht, wenn sie was tut.

# Was Tun ?

Mit diesem Artikel der Reihe: "Was tun?" soll die Liste der Vorschläge, die keine Patentrezepte sein sollen, vervollständigt werden. Überlegt man sich, was ein jeder für eine bessere Umwelt tun kann, so werden die meisten Menschen an solche Sachen denken wie: phosphatfreies Waschmittel, Pfandflaschen, Energiesparlampen, Wasserspartaste am Klo ... Also jenen Möglichkeiten, die sich beim privaten Konsum ergeben.

Unternehmenskultur geworden. Zwar gibt es sicherlich eine ganze Reihe von Unternehmen, die im Umweltbereich innovativ sind und neue umweltfreundliche Produkte und Produktionstechniken entwickeln. Andere haben sich nur ein ökologisches Mäntelchen umgehängt und verkaufen ihren alten und neuen Scheiß in neuem Gewand und mit neuer Werbestrategie oder kaschieren mit einigen umweltfreundlichen Produkten

wie kann man dies tun?

Zunächst würde einem abhängig Beschäftigten wahrscheinlich die Idee kommen zu seiner Interessensvertretung im Betrieb, dem Betriebsrat, zu gehen. Doch im Betriebsverfassungsgesetz, in dem die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates geregelt sind, ist eine Eingriffsmöglichkeit von Seiten der betrieblichen Interessensvertretung im Bereich Umweltschutz nicht vorgesehen. Auch bei den Umweltgesetzen zum Schutze Dritter, dem Bundesimmissionsschutzgesetz, dem Wasserhaushaltsgesetz und dem Abfallbeseitigungsgesetz, gibt es keine Ansatzpunkte für eine betriebliche Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz. Doch das Betriebsverfassungsgesetz muß nun nicht in die Ecke geschmissen werden, denn es ist noch dazu nütze, über die Möglichkeit des Abschlusses von Betriebsvereinbarungen Qualitätszirkel, Umweltarbeitskreise und Umweltausschüsse zu installieren, mit denen sich Mitbestimmungsrechte gegenüber der Unternehmensleitung sichern lassen.



*Zitat Norddeutsche Afinerie:*

*"Unsere Untersuchungen haben ergeben, daß Kühlwasser beim Durchlaufen unserer Prozesse keine Veränderung des Schwermetallgehaltes gegenüber seiner Vorbelastung erfährt und damit für die Elbe unproblematisch ist. Beim Verlassen des Werkes ist es sogar sauberer, .....*

Als zweite fallen einem wahrscheinlich die Dreckschleudern ein, die am besten dicht gemacht werden sollten und die gefährlichen Produktionsstoffe, die verboten werden müßten.

Ganz zum Schluß erinnert man sich dann an den eigenen Betrieb, in dem man arbeitet, daß auch hier nicht alles so ist, wie es sein könnte und sein sollte. Doch der innerbetriebliche Bereich ist nicht gerade die Ebene auf der sich umweltbewegte Menschen engagieren. Diesen Bereich haben die Unternehmer längst für sich entdeckt. Für sie ist Umweltschutz zur neuen

den Rest ihrer lebensfeindlichen Produktpalette.

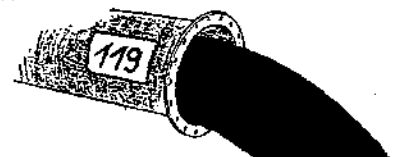
Und letztere stellen sich dann als dynamische, umweltbewußte, aufstrebende und um das Allgemeinwohl besorgte Unternehmen in der Öffentlichkeit dar. Hier hat sich der Bock zum Gärtner gemacht. Doch die Hege und Pflege der zu produzierenden Waren und Dienstleistungen sollte nicht nur den Managern, Betriebsleitern und Vorgesetzten überlassen bleiben, sondern auch als abhängig Beschäftigter sollte man versuchen, möglichst kräftig mitzumischen. Doch



*..... da in unseren Wasserhaltungen erhebliche Mengen an Schwebstoffen entfernt werden."*

Für die Betriebsräte bedeutet eine solche Betriebsvereinbarung, im Bedarfsfall eine Zugriffsmöglichkeit auf den Betriebsablauf zu erhalten.

Sicher, oft dauert es Jahre und Jahrzehnte bis es zum Abschluß einer Betriebsvereinbarung kommt, doch dies heißt nur, daß dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung kräftiger auf die Füße getreten werden muß. Übri-



gens: erste zarte Schritte in diese richtige Richtung haben 28 Unternehmen der Chemischen Industrie unternommen (Stand 5/90). In jedem dieser Betriebe wurde zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung eine Vereinbarung abgeschlossen, die den gegenseitigen Informationstransfer und die innerbetriebliche Kommunikation zwischen Arbeitnehmern, Betriebsrat und Unternehmen verbessern soll. Auch die Norddeutsche Affinerie hat im Februar 1989 eine solche Vereinbarung unterzeichnet. In ihr wurde beschlossen, daß Investitionen, Transport und Lagerung von Gütern, Abfallentsorgung, Einhaltung von Auflagen, Einführung von neuen Produktionslinien und Betriebsstörungen mit Auswirkungen auf die inner- und außerbetriebliche Umwelt Gegenstand gemeinsamer Beratungen zu sein hat. Wie wir gesehen haben (SIEHE ARTIKEL: "SCHMUTZZENTREN IN HAMBURG") kann bei diesen Gesprächen nicht sehr viel herumgekommen sein. Dies heißt nicht, daß dieses Instrument nichts taugt, sondern, daß die Inhalte dieser Vereinbarungen noch weit hinter dem Notwendigen hinterherhinken und weiter ausgebaut werden müssen.

Eine andere Möglichkeit, betriebliche Aktionsmöglichkeiten zu institutionalisieren, besteht auf tarifvertraglicher Ebene. Einzelne Gewerkschaftsmitglieder oder gewerkschaftliche Arbeitskreise sollten über den innergewerkschaftlichen Apparat Forderungen in die Tarifkommission einbringen, so daß über Werks-, Firmen- oder Haustarifverträge bzw. in bundes-, länder- und bezirkswelt geltenden Tarifverträgen die Mandate des Betriebsrates in Mitbestimmungsfragen über die Umweltverträglichkeit von Produktionsprozessen und Produkten ausgeweitet werden. Ebenso muß den einzelnen Arbeitnehmern das Beschwerde- und Verweigerungsrecht tarifvertraglich zugestanden werden, so daß sie nicht mehr gezwungen werden können, umweltgefährdende Arbeitsstoffe und Arbeitsmethoden zu benutzen.

Bisher hat nur die Industriegewerk-



*Zitat Norddeutsche Affinerie:*

*"Dem aufmerksamen Beobachter wird nicht entgangen sein, daß sich sogar in heißen Jahreszeiten vor unseren Kühlwasserausläufen Fischeschwärme einfinden, die dort den im Laufe des Kühlprozesses gestiegenen .....*



*..... Sauerstoffgehalt des Wassers begierig aufnehmen.."*

schaft Chemie, zusammen mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie und dem Verband der Chemischen Industrie, es geschafft, eine "Gesellschaft zur Information über Umweltschutz in der Chemischen Industrie" zu gründen. Aufgabe dieser Organisation soll es sein, Betriebsräte über betrieblichen Umweltschutz in Zusammenarbeit mit der Berufsgenossenschaft, der Gewerbeaufsicht und Wissenschaftlern (warum nicht mit Umweltgruppen?) zu informieren. Auch dieses kann nur als erster Schritt in die richtige Richtung bezeichnet werden. Handlungen müssen folgen, ein "Ökomantelchen" darf es nicht sein.

Doch was nützen tolle Forderungen nach Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen einzelnen Arbeitneh-

mern oder betrieblichen Umweltgruppen in einer Situation, wo massive Umweltdelikte ihres Betriebes deutlich werden, die möglichst sofort abgestellt gehören. Sich in dieser Situation auf wahrscheinlich jahrelange Auseinandersetzungen, zunächst mit den eigenen Kollegen im Betriebsrat, mit der Gewerkschaft und dann noch mit der Geschäftsleitung einlassen? Und dies, wo noch immer innerbetriebliche Forderungen nach mehr Umweltschutz mit dem Arbeitsplatzargument totgeschlagen werden?

Wenn an umweltverschmutzende Betriebe von innen oder von außen die Forderung nach mehr Umweltschutz herangetragen wird, bildet sich oft eine unheilige Allianz von Arbeitnehmern, Betriebsräten und Arbeitgebern, die die Kritik an den Produkten oder Produktionsmethoden mit der Drohung der Arbeitslosigkeit abwürgen wollen. Frei nach dem Motto: Lieber vergiftet als arbeitslos. Doch eine solche Herangehensweise ist zu kurz gedacht, denn über kurz oder lang werden sie beides sein, vergiftet und arbeitslos. Sicher sind Arbeitnehmer existentiell von Arbeitslosigkeit bedroht. Aber gerade jene Betriebe, die die Umwelt in besonderem Maße belasten, sind in der heutigen

Situation, in der sich die Umweltprobleme immer weiter zuspitzen, als erste von einer Schließung bedroht. Sollen also in diesen Betrieben die Arbeitsplätze gesichert werden, kann dies kurzfristig nur mit einer drastischen Senkung der Emissionen und mittel- und langfristig nur mit einer Umstellung auf eine ökologisch vertretbare Produktion erreicht werden. Arbeitet man also in einem solchen Betrieb, bleibt in einem solchen Fall nur der Weg mit Gleichgesinnten vorbei an allen innerbetrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien, um auf irgendeine Art und Weise Öffentlichkeit herzustellen. Dies kann geschehen über eigene Aktionen, Publikationen, über Umweltorganisationen, Bürgerinitiativen oder die Presse, denen gezielt Informationen gegeben wird oder man erstattet selbst mal eine Anzeige.

Aber nicht jeder Betrieb bläst tonnenweise Schadstoffe aus dem Schornstein, vergräbt Giftfässer im Hof oder produziert auf die eine oder andere Art und Weise Sondermüll. Auch wenn es nur in den wenigsten Betrieben solch spektakuläre Fälle der Umweltkriminalität gibt, heißt dies noch lange nicht, daß im eigenen Betrieb keine Verbesserungen durchzusetzen sind. So kann man überlegen, ob tatsächlich immer hochweißes, chlorgebleichtes Schreibpapier gekauft werden muß, ob die nächste Büroeinrichtung nicht doch mit Energiesparlampen ausgestattet wird, ob die Kaffecke wieder mit PVC ausgelegt werden muß und, und, und. Man braucht sich nur im eigenen Betrieb umzusehen, die meisten Sachen lassen sich wesentlich einfacher durchsetzen als eine Emissionsminderung von Stickoxiden über mehrere Tonnen in einem Stahlwerk.

Literatur zu diesem Thema:

- Beck, U. (1990): Der ökologische Gesellschaftskonflikt in: WSI-Mitteilungen: Umweltschutz und Arbeitswelt Dezember 1990, Bund-Verlag, Düsseldorf.
- Pickhaus, K. (1991): Gesundheitsschutz und Ökologie in: WSI-Mitteilungen: Aufgaben der Tarifpolitik in den 90er Jahren, März 1991 Bund-Verlag, Düsseldorf.
- Schmidt, E. (1991): Ökologisch erweiterte Tarifpolitik in: Die Mitbestimmung: Ökologisch produzieren, März 1991, Bund-Verlag, Düsseldorf.
- Teichert, V., Küppers, F. (1990): Umweltpolitik im Betrieb in: WSI-Mitteilungen: Umweltschutz und Arbeitswelt, Dezember 1990, Bund-Verlag, Düsseldorf.



Hamburg - Altenwerder 1991

